

Europa-Positionen der Heilberufekammern in Bayern

Solidarität bedingt Selbstverantwortung

Gespräche mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Mitarbeitern der Kommission und der Bayerischen Vertretung haben die Spitzen der bayerischen Heilberufekammern Anfang September in Brüssel geführt.

Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, mit welchen Gemeinschaftsmaßnahmen auf dem Gesundheitssektor zu rechnen sein wird. Allgemein wird für Ende des Jahres ein Richtlinienvorschlag von Gesundheitskommissar Marcos Kyprianou erwartet. An den Gesprächen nahm auch die bayerische Sozialministerin Christa Stewens teil. Organisiert wurden die Brüsseler Gespräche von der Bayerischen Vertretung und der Bayerischen Landes Zahnärztekammer.



Die Vertreter der Heilberufe in Brüssel

Gemeinsame Resolution

Die BLZK war es auch, die vor Beginn der Gespräche eine gemeinsame Positionsbestimmung der Heilberufe auf den Weg gebracht hatte. In einer gemeinsamen Resolution betonen die fünf Heilberufekammern die Bedeutung der Selbstverant-

wortung im Gesundheitswesen. Kritisch wird die Zielbestimmung der EU-Gesundheitsminister vom Juni 2006 für das Gesundheitssystem gesehen, das auf Universalität, Zugang zu qualitativ hochwertiger Versorgung, Gleichheit und Solidarität ausgerichtet ist. Dazu heißt es in der Resolution: „Der Anspruch auf Solidarität kann keine Einbahnstraße sein; Gemeinschaftsregeln, welche die zwingende Verknüpfung von Freiheit und Verantwortung nicht berücksichtigen, stehen in diametralem Widerspruch zur Grundidee Europas und dem Bild des freien und selbstverantwortlichen Bürgers. Ein europäisches Sozialmodell, in dem Freiheit und Verantwortung nicht mehr vorkommen, führt unweigerlich zum Betreuungsstaat.“

Begrüßt wird dagegen die Feststellung des Europäischen Parlaments, dass die Vorschriften des Vertrags – einschließlich der spezifischen Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse – und die Rechtsprechung des Gerichtshofs auf Gesundheitsdienstleistungen Anwendung finden.

Die im Parlament geforderte Überprüfung des Haftungsrechts dürfe nicht zu einer Umkehr der Beweislast führen. Das internationale Privatrecht sei eine geeignete Grundlage zur Klärung der aus dem Behandlungsverhältnis erwachsenden Rechtsfragen; weitere Rechtssetzungsmaßnahmen der Europäischen Union sind daher – auch aus Sicht der Bayerischen Heilberufekammern – nicht erforderlich. Jede Neuregelung der Gefährdungshaftung leiste einer Entwicklung zur „Defensivmedizin“ Vorschub.

Thema Kostenerstattung

Die Kammern unterstützen die Forderung des EU-Parlaments, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur Erstattung der Kosten von grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen zu kodifizieren und dabei darauf zu achten, dass keine Vermischung zwischen einem Versicherungsvertrag einerseits und dem konkreten Behandlungsverhältnis zwischen Heilberufen und Patienten andererseits stattfindet.



BLZK-Vizepräsident Christian Berger im Gespräch mit Dr. Angelika Niebler

Der Einführung einer Europäischen Krankenversicherungskarte stehen die Heilberufe überwiegend kritisch gegenüber. Sie unterstützen allerdings die Forderung des Europäischen Parlaments, „dass die Inhaber der Karte selbst beschließen müssen, welche Daten darauf gespeichert werden.“

Zu den Gesprächspartnern in Brüssel zählten u. a. die bayerischen EP-Abgeordneten Alexander Radwan und Dr. Anja Weisgerber. Dr. Angelika Niebler, MdEP, begrüßte die Vertreter der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Tierärzte und Psychotherapeuten aus dem Freistaat im Europäischen Parlament.

Rechtsanwalt Peter Knüpper
Hauptgeschäftsführer der BLZK

Österreichische Zahnärzte setzen auf Qualität

Bayerisch-österreichischer Erfahrungsaustausch

Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung standen auf der Agenda eines Erfahrungsaustauschs von Österreichischer Zahnärztekammer und Bayerischer Landeszahnärztekammer. Die beiden Verwaltungschefs, Kammeramtsdirektor Dr. Jörg Krainhöfner und BLZK-Hauptgeschäftsführer Peter Knüpper, trafen sich dazu in München.

Das neue Zahnärztegesetz (ZÄG) in der Republik Österreich sieht vor, dass Zahnärzte eine umfassende Evaluierung der Qualität durchführen und die Ergebnisse ihrer Zahnärztekammer übermitteln. Ein Verstoß gegen diese Berufspflicht stellt auch einen Kündigungsgrund des Vertragsverhältnisses mit der Krankenversicherung dar.

Zu den wichtigsten Qualitätskriterien zählt eine 2007 erarbeitete Qualitätssicherungsverordnung, zu deren Parametern „Patientenversorgung-Erreichbarkeit“, „Patientenversorgung-Notfallvorsorge“, „Hygiene“, „Apparative Ausstattung“ sowie der „Standard für die fachliche Qualifikation“ gehören. Letzterer wird insbesondere dann erfüllt, wenn der Zahnarzt seiner Fortbildungspflicht entspricht.

Junge Kammer

Weitere Themen des Gesprächs waren die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, hier vor

allem unter dem Dach des Council of European Dentists (CED). Dessen langjähriger Vorsitzender, Dr. Wolfgang Doneus, ist nun Vizepräsident der Österreichischen Zahnärztekammer. Die Kammer, der rund 4 500 Zahnärztinnen und Zahnärzte angehören, hat sich erst im vergangenen Jahr konstituiert. Sie war per Gesetz mit Wirkung zum 1. Januar 2006 eingerichtet worden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Zahnärzte und Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde Mitglieder der jeweiligen Ärztekammer auf Landesebene; die immer kleiner gewordene Berufsgruppe der Dentisten gehörte der Österreichischen Dentistenkammer an. Wie auch in Deutschland sind alle Mitglieder der Bundeszahnärztekammer einer Landeszahnärztekammer zugeordnet, die weitgehende Finanz-, Personal- und Vertragshoheit besitzt.

Österreich: Fortbildung gewinnt Profil

Auch im Bereich der Fortbildung hat die Österreichische Zahnärztekammer eigene Richtlinien erlassen und stellt für die – grundsätzlich freiwillige – Teilnahme am zahnärztlichen Fortbildungsprogramm ein Diplom aus, für das insgesamt 120 Fortbildungspunkte im jeweiligen Fortbildungszyklus erbracht werden müssen. Die Gültigkeit dieses Diploms beträgt drei Jahre. Interessant: Von Firmen-